SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

herausgegeben vom Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591 - Nr. 4/72 15. Juni - Solidaritätsbeitrag 50 Pfennig

Betriebsratswahl 1972

In fast allen Industriezweigen sind inzwischen die Betriebsratswahlen 1972 durchgeführt worden. Wenn es auch heute noch nicht möglich ist, eine abschließende Einschätzung der Wahlen vorzunehmen, so gibt es doch manche Erkenntnisse, die heute schon diskutiert und beurteilt werden müssen.

Auffallend war, wie sehr diese Betriebsratswahlen auch außerhalb der Betriebe ein besonderes Interesse fanden. Die großen Parteien beobachteten die Entwicklung in den Betrieben genau und versuchten, in ihrem Sinne Einfluß auf die Betriebsratswahlen zu nehmen. Oppositionsführer Barzel und eine Gruppe von CDU-Abgeordneten trafen sich mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter und Mitgliedern des Bundesvorstandes des DGB zu einer ganztägigen Besprechung. In dieser Besprechung versicherte man sich gegenseitig, die "Radikalen von links und rechts" zu bekämpfen. Auch die CSU hat in ihrem Gebiet den Betriebsratswahlen Aufmerksamkeit geschenkt und, wie man hört, eine nicht kleine Geldsumme zur Verfügung gestellt, um für sich aus diesen Wahlen Kapital zu schlagen.

Aus den Betrieben wird bekannt, daß die Wahlbeteiligung in Mittel- und Großbetrieben sehr gut gewesen ist, teilweise höher als in früheren Jahren, was beweist, daß die Belegschaften bessere Betriebsvertretungen haben wollen.

In kleineren Betrieben dagegen haben sich die Verhältnisse bisher nur unwesentlich geändert. Trotz besserer gesetzlicher Vorschriften, versuchen die Unternehmer immer noch, Betriebs-ratswahlen zu erschweren. Teilweise verzichteten aber auch die Kollegen auf die Aufstellung von Kandidatenlisten, weil sie den Schwierigkeiten aus dem Weg gehen wollten. Hier haben die örtlichen Gewerkschaftsvorstände die Pflicht, das neue Betriebsverfassungsgesetz voll durchzusetzen und den Kollegen in den Betrieben zu helfen.

In den Mittelbetrieben, vorwiegend in den Betrieben, in denen 1000 bis 4000 Beschäftigte arbeiten, und das sind die Betriebe, in denen echte Persönlichkeitswahlen stattfanden, war

die Einflußnahme der Belegschaften wesentlich stärker als in den Großbetrieben. In diesen Mittelbetrieben sind durch die Wahlergebnisse erhebliche Veränderungen herbeigeführt worden.

Wir haben Informationen darüber, daß in diesen Betrieben die aktiven Vertrauensleute in harten Auseinandersetzungen mit den etablierten Betriebsräten Kandidatenlisten aufstellten und daß hier Schluß gemacht wurde mit der bisher geübten Methode, den alten Betriebsrat immer auf die ersten Plätze der Kandida-



Die neuen Betriebsräte: "Aufwachen, die Ablösung ist da!"

tenliste zu setzen. In vielen Betrieben wurden die Kandidaten nach dem Alphabet aufgestellt und teilweise setzte sich durch, mit einer Vorwahl zu bestimmen, welche Plätze die Kandidaten auf der Liste einnehmen.

Es ist hier nicht möglich, die Fülle der Veränderungen in diesen Mittelbetrieben aufzuzeigen. In manchen Betrieben ist der bisherige Vorsitzende nicht wiedergewählt worden. In einem Stahlwerk des Ruhrgebietes, in dem etwa 1000 Kollegen wählen konnten, wurde die gesamte Lohnkommission einschließlich der freigestellten nicht wiedergewählt. Es gibt Betriebe, in denen die amtierenden Betriebsräte gerade noch 10 bis 15 % der Stimmen bekommen haben. In einem Siemens-Betrieb, in dem 4000 Arbeiter und Angestellte tätig sind, wurden von 27 Betriebsräten 14 neue gewählt. In diesem Betrieb sind die bisher freigestellten Betriebsräte nicht wieder in ihre Positionen gekommen.

Gewerkschaftliche Einheitsliste - ja! Bei basisnaher Kandidatenaufstellung!

In den Empfehlungen der Gewerkschaftsvorstände zu den Betriebsratswahlen ist immer wieder dazu aufgerufen worden, die Kandidaten der gewerkschaftlichen Einheitslisten zu wählen. Die ständigen Aufforderungen und Beschwörungen, diese Einheitslisten zu wählen, klingen zwar sehr gut, haben aber bestimmte Tendenzen deutlich gemacht. Trotz der Einheitsappelle sind vorwiegend in Großbetrieben manchmal unerwartet mehrere Listen aufgestellt worden, beispielsweise 11 Listen bei Opel in Bochum. Stellvertretend für diese Situation in den Großbetrieben steht das Beispiel Daimler-Benz, worüber wir in dieser SBK ausführlich berichten.

Überall dort, wo in den Großbetrieben amtierende Betriebsräte allein die Kandidatenlisten aufstellten, sich selbst die aussichtsreichsten Plätze sicherten, sich weigerten,
diese Aufstellungen mit den Belegschaften zu
diskutieren, und sogar sehr oft Vorschläge,
die aus der Belegschaft kamen, zurückwiesen,
ist es zur Aufstellung mehrerer Listen gekommen. Die Aufstellung mehrerer Listen
richtete sich in der Regel gegen die verfestigten Formen der Betriebsratstätigkeit,
sie sind ein Beweis dafür, daß die Belegschaften nicht länger das undemokratische
Verhalten mancher Betriebsräte hinnehmen
wollen.

Aber nicht nur die nieder gehaltene Opposition hat eigene Kandidatenlisten aufgestellt. In manchen Betrieben haben Betriebsräte, vorwiegend solche, die mit vielen Funktionen als Ratsherren oder Stadtverordnete, als Laienarbeitsrichter, als Funktionäre in den Selbstverwaltungsorganen ausgerüstet sind, und vor lauter Funktionen vergessen haben, die Interessen der Belegschaften zu vertreten, eigene Listen aufgestellt. Diese Funktionäre sind von aktiven Vertrauensmännerkörpern oft nicht mehr auf aussichtsreiche Posten gesetzt worden. Um ihre Posten zu erhalten, haben sie schließlich eigene Listen aufgestellt.

Die Satzung der IG Metall sagt eindeutig aus, daß Mitglieder der IGM, die auf einer gegnerischen Liste kandidieren, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. In der Regel hat der Vorstand der IG Metall die Satzung jedoch nur dann angewandt, wenn es darum ging, die Opposition oder die sogenannten Radikalen niederzuhalten. Der Vorstand entschied darüber, welche Liste als gegnerische

Liste anzusehen ist. Auf diese Weise konnte Kollegen, die jahrelang aktive Gewerkschaftsfunktionäre waren und das Vertrauen eines großen Teils ihrer Kollegen im Betrieb hatten, der völlig irrsinnige Vorwurf des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gemacht werden.

Es genügt heute nicht mehr, etwa darauf hinzuweisen, daß über 90 % der gewählten Betriebsräte Mitglieder der DGB-Gewerkschaften sind. Uns interessiert in erster Linie auch die zunehmende Bereitschaft der Belegschaften, mehr denn je schon bei der Aufstellung der Kandidatenlisten ein Wort mitzureden. Uns interessiert, warum besonders in den Großbetrieben die Listenwahlen eine so große Rolle spielten. Uns interessiert die Tatsache, daß in vielen Mittel- und Kleinbetrieben fast die Hälfte der Betriebsratsmitglieder zum ersten Mal gewählt worden sind. In der Organisation spricht man schon von einer "großen Wachab-lösung".

Wir werden in den nächsten Wochen in den Betrieben und in der Organisation diskutieren müssen, auf welchem Wege bei Betriebsratswahlen

- das demokratische Recht der Kollegen, Kandidaten ihres Vertrauens aufzustellen und zu wählen, am besten gesichert ist;
- der Verfestigung einmal entstandener Verhältnisse vorgebeugt werden kann, d. h., eine Ablösung alter und die Wahl neuer Betriebsratsmitglieder immer möglich ist;
- jenen Kollegen, die durch Ämterhäufung ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen können, auch die Macht genommen wird, die sie haben und nur dazu nutzen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Wir werden diskutieren müssen,

 unter welchen Bedingungen eine Persönlichkeitswahl durchzuführen ist,

 welche Formen der Kandidatenaufstellung notwendig sind, damit die Kollegen nicht ihres demokratischen Rechts beraubt werden,

- welche autonomen Rechte der Vertrauenskörper haben muß, damit Betriebsratswahlen die Basis für die Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben vergrößern.

Wir werden auch diskutieren müssen, wie wir uns als aktive Gewerkschafter zu verhalten haben, wenn Betriebsratsmitglieder uns unsere Rechte streitig machen.

Nicht jede Liste 2
ist eine gegen die
Gewerkschaften
gerichtete Liste.
Und nicht jede
Gewerkschaftliste
ist eine Liste
der Gewerkschafter
im Betrieb!

Die Sozialistische Betriebskorrespondenz (SBK) wird hergestellt und vertrieben vom Sozialistischen Büro + Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe ist Edgar Weick, Falkenstein. Druck: A.W. Dunker, Ffm.

Dampf von unten

Onno Poppinga

Der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall, die Tarifauseinandersetzung im vergangenen Herbst, die spontanen Demonstrationen gegen Barzels Regierungssturzversuch und vor allem die alltägliche Praxis im Betrieb signallsieren, daß in vielen Betrieben Politisierungsprozesse in Gang kommen. Die Mobilisierung der Basis ist zu einer allgemeinen Tendenz geworden. Das Anwachsen der oppositionellen Kräfte, von kritischen bis hin zu sozialistischen und kommunistischen, zeigt alch dabei weniger auf der allgemeinen

Betriebsratswahl bei Daimler-Benz

und das heißt für den Arbeiter abstrakten politischen Ebene, es zeigt sich vor allem im Betrieb selbst. An dem von jedem Kollegen überschaubaren Bereich, am Ort der unmittelbaren Erfahrung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital wird angesetzt, äußert sich wachsendes Klassenbewußtsein. Eine Folge davon ist, daß in vielen Betrieben, in denen der Betriebsrat die Interessen der Belegschaft nicht nachdrücklich genug vertritt oder sich sogar vor den chromblitzenden Wagen der Unter-

nehmer spannen läßt, die innerbetriebliche und die innergewerkschaftliche Opposition zunimmt. Die konkreten Formen dieser Auselnandersetzung variieren. In manchen Betrieben konnte über eine Aktivierung des Vertrauenskörpers auf die Betriebsratswahl Einfluß genommen werden; in einzelnen Fällen hat das dazu geführt, daß der alte Betriebsrat auf einer eigenen Liste gegen die Gewerkschaftsliste kandidierte (siehe z. B. "express-internationai", Nr. 144). Aligemein zeichnet sich aus den ersten Ergebnissen der Betriebsratswahien ab, daß mancher müde gewordene und in den Geleisen der Gewerkschaftsapparate eingespielte
Betriebsrat von den Kollegen nicht
mehr gewählt wurde und daß sich
viele meist jüngere Kollegen durchsetzen konnten, die in den vergangenen Jahren konsequent für eine
Vertretung der eigenen Interessen,
der Arbeiterinteressen, eingetreten
sind.

In Betrieben aber, in denen die Hausmacht des aiten Betriebsrats Im Vertrauensmännerkörper über-



Plakat-Interview zur Betriebsratswahl

Plakat: Für die Betrieberatswahlen habt ihr eine eigene Liste aufgestellt. Heißt das, daß ihr gegen die IG-Metall opponiert? Warum kandidlert ihr nicht auf der Gewerkschaftsliste?

Will Hoss: Wir sind nicht gegen die Gewerkschaft. Die IG-Metall ist ine Einheitsgewerkschaft. Das neißt aber nicht, daß alle einer Meinung sein müssen. Wir haben in der Vergangenheit versucht, unsere Meinung zu vertreten, die mit der des Kollegen Hauff nicht immer übereinstimmte, zum Beispiel in Fragen des Akkords, der zu gro-Ben Unterschiede in der Bezahlung der Arbeitnehmer, oder in Fragen der gewerkschaftlichen Demokratie. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß von uns aufgeworfene Probleme im Vertrauensmännerkörper kaum diskutiert wurden, sondern von einzelnen abgelehnt wurden. Auch die Hauff-Liste kam durch ein Verfahren zustande, das wir für undemokratisch halten, well die Belegschaft an der Aufstellung der Kandidaten nicht beteiligt wurde.

Es blieb uns keine andere Wahi, als eine eigene Liste aufzusteiien.

Hermann Mühlelsen: Zum Beispiel auf einer der letzten Betriebsversammlungen hat Kollege Hauff eine Lobeshymne auf das "moderne Werk" Mettingen gesungen. ich habe in der Diskussion dazu gesagt, daß sich ein modernes Werk nicht daran messen läßt, wie schön es von außen aussieht, sondern wie die Arbeitsbedingungen in den Hallen aussehen. Dazu wies ich darauf hin, daß sich die Arbeitsbedingungen seit dem Umzug verschiechtert haben: Die Luft ist schlechter, die Lärmbelästigung größer, dazu ist das Tempo an den Bändern ständig gestelgert worden. Wie schon so oft, ging Kollege Hauff nicht auf die Anregungen ein, sondern antwortete mit personlichen Angriffen und politischen Verdächtigungen.

Plakat: Wie glaubt ihr, zu dritt etwas verändern zu können?

wiili Hoss: Kollege Hauff geht immer davon aus, daß der überwiegende Teil des Betriebs hinter ihm steht. Von daher fühlt er sich berechtigt, andere einfach abzufertigen. Durch unsere Kandidatur wollen wir den Kollegen, die wie wir sehen, daß es im Betrieb mehr Probleme gibt als man wahrhaben will, die Möglichkeit geben, das durch ihre Stimmabgabe deutlich zu machen.

Plakat: Welche Probleme seht ihr in erster Linie?

Mario D'Andrea: Neben der bereits

angesprochenen unterschiedlichen Bezahlung geht es mir besonders darum: In der Achsmontage, Motorenmontage usw. arbeiten überwiegend ausländische Kollegen, etwa zu 95 Prozent. Um sie kūmmert sich keiner, damit sie ihre interessen wahrnehmen. Meister und Vorgesetzte kümmern sich aber sehr um uns, damit wir immer mehr leisten. Wir Ausländer brauchen Möglichkeiten, ohne Angst vor Repressalien über unsere Probleme diskutieren zu können. Wenn der Arbeitgeberverband erklärt, die ausländischen Arbeiter seien sehr gut, dann reicht uns das nicht - wir wollen die gleichen Rechte wie die Deutschen, also: gleiche Möglichkeiten.

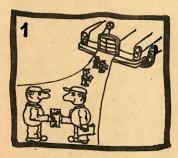
Hermann Mühlelsen: Wir wollen jetzt kein großes Programm aufstellen und keine zu großen Versprechungen machen. Grundsätzlich werden wir aber gegen Akkorderhöhungen, gegen zu große Unterschiede in der Bezahlung und für eine Erleichterung der Situation an den Bändern eintreten. Als erstes werden wir uns dafür einsetzen, daß es bei Daimier nicht mehr zweierlei Wasser gibt. Wir sehen nicht ein, warum man in Untertürkheim im Hochhaus Wasser mit Trinkqualität zum Waschen benutzt, während wir Arbeiter in

den Hallen uns mit aufbereitetem Neckar-Wasser waschen und duschen müssen. Im übrigen werden wir aber den Finger auf die wunden Stellen im Betrieb legen und dafür sorgen, daß wichtige Fragen, die die Kollegen berühren, nicht einfach vom Tisch gefegt werden. Plakat: Letzte Woche hat die Hauff-Gruppe euren Ausschluß aus der Gewerkschaft beantragt.

Willi Hoss: Wir finden das typisch für die Situation bei uns im Betrieb. Wenn in der Vergangenheit irgend ein Kollege mal in der Betriebsversammlung auftrat und ein Wort der Kritik an der Betriebsratsarbeit vorbrachte, wurde er im Schlußwort eingeschüchtert. Mit der Zeit wurde erreicht, daß viele Kollegen darauf verzichteten, ihre Meinung zu sagen und die Versammlungen immer langweiliger wurden.

in unserem Fall wird mit Hilfe des Ausschlußantrags versucht, uns mundtot zu machen und alle Kollegen mit anderer Meinung als die von Hauff, Häblich, Schlenle unsicher zu machen. Wir wollen als Vertrauensleute in der Gewerkschaft bleiben, lassen uns aber nicht den Mund verbieten. Wir sind uns darüber im klaren, daß nur eine hohe Stimmabgabe für die Liste 2 uns dabel helfen kann.

mächtig war, mußten andere Wege gegangen werden. Ein Beispiel ist die Betriebsratswahl bei Dalmier-Benz, Werk Untertürkheim. Das Werk Untertürkheim ist mit einer Belegschaft von etwa 26 000 Arbeitern und Angestellten der größte Industriebetrieb Baden-Württembergs. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiter ist mit über 90 % sehr hoch.



Der Betriebsrat veränderte sich im letzten Jahrzehnt praktisch nur noch, wenn ein Mitglied starb oder aus dem Werk ausschied. So beständig wie die personelle Zusammensetzung des Betriebsrates war auch seine politische Linie; er war vollständig auf die SPD orientiert und besonders stolz darauf, stets unnachsichtig gegen linke Kollegen vorgegangen zu sein. Der Betriebsratsvorsitzende des Daimler Werkes Untertürkheim, Karl Hauff, gleichzeitig Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Daimler-Benz Konzerns, ist Mitglied des Aufsichtsrates der Daimler-Benz AG und SPD/MdL. Ein Beispiel für seine politische Linie und für die "seines" Betriebsrats: als während der Tarifauseinandersetzung im letzten Herbst als Antwort auf die starre Haltung der Unternehmer in allen größeren Metallbetrieben Baden-Württembergs Warnstreiks organisiert wurden, blieb im Dalmler-Werk Untertürkheim alles ruhig. Gustav Heinemann wellte gerade in der schwäbischen Metropole, besuchte das Daimler-Werk Untertürkheim und machte shake-hands mit Kapitalistenführer Schleyer und Kollege Betriebsratsvorsitzender Hauff. Wie diese "staatsmännische Haltung" der Hauff-Gruppe von den Kollegen im Betrieb eingeschätzt wurde, zeigte sich einen Tag später, als nur noch mit großer Mühe ein verspäteter "Warnstreik" organisiert werden konnte.



Die auf Erhaltung des SPD-Einflusses gerichtete Politik der Hauff-Gruppe drückt sich besonders deutlich im Verhältnis zur Belegschaft aus. Die einfachen IGM-Mitglieder haben weder bei der Wahl der Delegierten zur Vertreterversammlung der IGM noch bei der Betriebsratswahl ein Vorschlagsrecht. Alle Wahlordnungen zeigen, daß nicht die bestmögliche Durchsetzung der ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen der Belegschaft an erster Stelle stehen, sondern die Sicherung der Stellung der Hauff-Gruppe.

Gegen diese Verhältnisse agitiert und arbeitet die Plakat-Gruppe. Die Plakat-Gruppe, die in enger Beziehung zum Sozialistischen Zentrum Stuttgart steht, wird gebildet, wie es im Impressum ihrer Zeitung heißt, von sozialistischen und kommunistischen Kollegen der Daimler-Benz Werke Untertürkheim, Mettingen und Brühl. Die Schwerpunkte ihrer bereits langjährigen Arbeit sind:

* Forderungen nach Verbesserung der materiellen Lage der Belegschaft, vor allem auch Erklärung des materiellen Hintergrunds von prozentualen Lohnforderungen;

* Kampf gegen alle Spaltungsversuche von seiten der Unternehmensleitung, vor allem gegen willkürliche Lohndifferenzierungen;

* Akkordfragen;

* Agitation gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen. (Gerade hierbei gelang es, viele Kollegen anzusprechen und zu mobilisieren. So rief die Forderung der Plakat-



Gruppe, den Zustand zu beenden, daß im Daimier-Werk Untertürkheim zwar die Mitglieder der Direktion und Verwaltung ihre Scheiße mit Trinkwasser wegspülen können, die Arbeiter sich aber mit nur chemisch vorgereinigtem Neckarwasser duschen müssen, noch am Tag der Betriebsratswahlen große Diskussionen hervor.)

Als im Dalmier-Werk Untertürkheim die Vorbereitungen für die Betriebsratswahlen 1972 aufgenommen wurden, richteten die Kollegen Willi Hoss und Hermanh Mühleisen an die Vertrauenskörperleitung (VKL) einen Vorschlag zur Anderung des Wahlverfahrens für die Betriebsratswahlen (siehe Sozialistische Betriebskorrespondenz 2/1972). Dieser Vorschlag, der von der Plakat-Gruppe unterstützt wurde, zielte auf eine entscheidende Vergrößerung des Einflusses der Basis:

 Der Vertrauensleutekörper teilt den Betrieb unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und des neuen BVG in Bereiche ein. Die zu bildenden Bereiche entsprechen dem Betreuungsbereich eines Betriebsrats.

 In jedem Bereich schlagen die Kollegen die Kandidaten vor, die ihre Interessen am besten vertreten. In jedem Bereich sollen mindestens die doppeite Anzahl Kandidaten vorgeschlagen werden als zu wählen sind. Die Vertrauensleute sammeln die Vorschläge der Kollegen ein.

 In jedem Bereich organisieren die Vertrauensleute eine Vorwahl, in der die Kollegen den Kandidaten wählen, der für ihren Bereich auf die Liste kommen soll (IGM-Liste).

4. Die Reihenfolge der so ermittelten Betriebsratskandidaten ergibt sich aus dem prozentualen Stimmenanteil, den die Bewerber in den Bereichen auf sich vereinigen konnten. Die Ersatzkandidaten sind die



Bewerber, die in den Bereichen den zweithöchsten Stimmenanteil erreichten.

5. Die bisher freigestellten Betriebsratsmitglieder unterliegen ebenfalls diesem Verfahren.

Die Hauff-Gruppe reaglerte in massiver Form auf diese Vorschläge. Im zeitlichen Ablauf:

Der Vorschlag der Kollegen Hoss und Mühleisen wurde nicht auf der Vertrauenskörperversammlung diskutiert; er kam nicht einmal auf die Tagesordnung.

* Für die Delegiertenwahl zur Vertreterversammlung der IGM wurde als "Neuerung" eingeführt, daß nur der als Kandidat aufgestellt werden kann, der die absolute Mehrheit in der Vertrauenskörperversammlung erreicht. Diese Ausnutzung der SPD-Mehrheit in der Vertrauenskörperversammlung hatte zur Folge, daß Hoss und Mühleisen, die bis dahln regelmäßig Delegierte gewesen waren, nicht einmal mehr auf die Kandidatenliste kamen. Diese rücksichtslose Ausnut-



zung der SPD-Majorität durch die Hauff-Gruppe war Insofern für die Betriebsratswahl wichtig, weil jemand, der einen guten Platz auf dieser Kandidatenliste erreicht hat, nicht mehr so leicht bei der Betriebsratswahl übergangen werden kann. Als für Will Hoss, der durch diese Methode als Kandidat abgelehnt wurde, die Kollegen in seiner Abteilung 56 Unterschriften für seine Kandidatur abgaben, war die

lapidare Antwort, einfache IGM-Mitglieder hätten kein Vorschlagsrecht.

* Bei der Aufstellung der Kandidaten, zur Betriebsratswahl wurde nach derselben Methode vorgegangen:

- "einfache" IGM-Mitglieder haben kein Vorschlagsrecht.

 Kandidat kann nur werden, wer mehr als die Hälfte der Stimmen des Vertrauenskörpers erhält.

— Schmückendes Beiwerk dieser Maßnahmen war noch, daß die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste durch eine "engere Kommission" der VKL vorbestimmt wurde. Der manipulative Charakter dieser Maßnahme (Freundschaftspolitik, Vetterleswirtschaft) war so deutlich, daß zum ersten Mal innerhalb der SPD Proteste und Widersprüche sichtbar wurden.

Hoss und Mühleisen hatten nur zwei Möglichkeiten, auf diese un-demokratischen Praktiken der Hauff-Gruppe zu reagleren: entweder die aufgestellten Forderungen nach einem Basis-nahen Wahlverfahren zurückzunehmen und zu riskieren, daß viele Kollegen das als ein Zurückweichen im entscheidenden Augenblick ansehen würden oder aber die eingeschlagene Linie konsequent weiter zu verfolgen und durch eine oppositionelle Liste von IGM-Mitgliedern die Ernsthaftigkeit der politischen Arbeit unter Beweis zu stellen. Man entschioß sich, den richtigen Weg zu gehen. Es wurde beim Wahlvorstand eine zweite Liste eingereicht:



Willi Hoss; 12 Jahre bei Daimler, 10 Jahre IGM-Vertrauensmann. Hermann Mühleisen; 18 Jahre bei Daimler, 15 Jahre IGM-Vertrauend mann.

Mario D'Andrea; 9 Jahre bei Dalmier, mehrere Jahre IGM-Vertrauens-

Ohne Schwierigkeit erhielt die Liste die für eine Kandidatur notwendige Zahl von Unterschriften.

Als sehr wichtig für das schileßliche Wahlergebnis erwies sich, daß von der oppositionellen Liste jeder Schritt offen getan wurde. Dadurch war es auch leicht möglich, die demagogische Behauptung der Hauff-Gruppe, die 2. Liste sei Schuld daran, daß es keine Persönlichkeitswahl, sondern eine Listenwahl gebe, zu einem Schuß nach hinten werden zu lassen. Eine Persönlichkeltswahl hat natürlich nur dann Vorteile gegenüber einer Listenwahl, wenn auf der Liste Kandidaten mit verschiedenen, alternativen Vorstellungen vertreten sind; die Hauff-Liste bestand aber nur aus Hauff-Freunden.

An dieser Stelle muß auch auf das Verhalten der DKP eingegangen werden (die übrigen dogmatischen Linksgruppen brauchen in diesem Zusammenhang nicht weiter berücksichtigt zu werden, weil sie zwar den Rekord im Verteilen von Kilogramm Papler halten, Im Betrieb aber nur geringen Einfluß haben). Die DKP rief in Ihrer Betriebszeitung "roter stern" unter dem Mäntelchen "Die besten Kollegen in den Betriebsrat, ganz gleich, welcher Partel sie angehören" praktisch dazu auf, die Hauff-Liste zu wählen. In derselben Ausgabe titullerte sie die 2. Liste als "Spalterliste", gab bekannt, daß wegen seiner Kandidatur auf der 2. Liste gegen Hermann Mühleisen ein Ausschlußverfahren aus der DKP eingeleitet worden sei, und beschimpfte die drei Kollegen von der 2. Liste schließlich noch als "Belegschaftsspalter" und "unterwürfige Nach-beter kleinbürgerlicher Politika-

Doch das Ergebnis dieser Betriebsratswahl bei Daimler-Benz Werk Untertürkhelm dürfte der DKP ebenso in die Knochen gefahren sein wie der Hauff-Gruppe, so wie s auch der IGM-Ortsverwaltung u denken geben muß:

 Die 2. Liste Hoss, Mühleisen und D'Andrea erhielt 28 % der Gesamtstimmen bzw. 38 % der Stimmenzahl der Hauff-Liste. Nach ihrer Stimmenzahl h\u00e4tte die 2. Liste neun Sitze im Betriebsrat bekommen, obwohl nur drei Kandidaten aufgestellt waren.

2. Bei der Wahl der Jugendvertreter erhielten die Kandidaten einer oppositionellen Gruppe, die die 2. Liste unterstützte, 4 von 9 möglichen Sitzen.

Nach Einschätzung der drei gewählten Kollegen drückt dieses Wahlergebnis vor allem aus:

* den Wunsch vieler Kollegen, härter gegen die Unternehmensieltung aufzutreten;

* Unzufriedenheit mit der Arbeit des bisherigen Betriebsrats;

* Protest gegen die undemokratischen Maßnahmen der Hauff-Grup-

Jarüber hinaus spiegelte das Wahiergebnis die wachsende Oppositon an der Basis wider. Die Unternehmensleitung wird, will sie nicht eine größere Bewegung riskieren, in Zukunft nachgiebiger gegenüber den Forderungen der Kollegen und ihrer Gewerkschaft sein müssen. Die 2. Liste hat also nicht eine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Stärkung der Gewerkschaft ge-bracht. Das Wahlergebnis zeigt weiter, daß es für überzeugte Gewerkschafter notwendig sein kann, im Interesse der Stärkung des gewerkschaftlichen Kampfes sich offen gegen Gruppen zu stellen, die die Gewerkschaften als Sachwalter der Interessen der Sozialdemokratie sehen möchten - und sei es sogar mit einer oppositionellen Listel

Die Bewegung an der Basis wächst. Die Kollegen lassen sich nicht mehr so leicht manipulieren. Das muß auch der Gewerkschaftsapparat zur 1 Kenntnis nehmen, will er nicht bei

Fernschreiben vom 21. 4. 1972 des DKP-Landesvorstands Baden-Württemberg an den IGM-Bezirksleiter Willi Bielcher vor der Betriebsratswahl 1972 bei Dalmier-Benz

in einem von Gerd Brueggemann gezeichneten Artikel in "Die Weit" vom 21. April '72 wird wieder einmei der Versuch gemacht, in einer bewußten Verfälschung die DKP zu diffamieren. Mit dem Ziel, Verwirung zu stiffen, wird die DKP in Verbindung gebracht mit maolatischen Grüppchen und "Die Stoßstange", bei der eindeutig festzustellen ist, woher sie kommt, als Blatt der DKP bezeichnet. Mit dieser Fälschung gelingt es dann, kommunistische Kollegen in den Betrieben zu Studenten zu machen und ihnen Betriebsfremdheit zu unterstellen.

Auch der politische Standort des Initiators einer Spaiterliste bei Dalmier-Benz Untertürkheim, Willi Hosa, der vor über einem Jahr aus der DKP ausgeschlossen wurde, ist bekannt. Trotzdem wird seine Spaltertätigkeit der DKP unterschoben. Die von ihm selbst mitherausgegebene Zeitung "plakat" für Dalmier-Benz wird verständlicherweise mit keinem Wort erwähnt. Gegen den ebenfalls auf dieser Spalterliste kandidierenden Hermann Mühleisen wurde bereits wegen partelschädigendem Verhalten, wegen Verletzung von Beschlüssen und des Status der DKP ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

In der Betriebszeitung der DKP "Roter Stern" distanziert sich die DKP offen von der eingereichten Spalterliste Will Hoss. In allen Stellungnahmen der DKP hat sie unmißverständlich Position bezogen zugunsten einer gewerkschaftlichen Einheitsliste und der damit verbundenen Möglichkeit der Persönlichkeitswahl. Stärkung der Gewerkschaft, Einheit der Belegschaft, konsequente interessenvertretung der Kollegen gegen die Allmacht der Monopole, gegen alle Spaltergrüppchen christlich verbrämter oder scheinrevolutionärer Gangart ist für die DKP keine Taktik, sondern Grundhattung als Partel der Arbeiterklasse. Danach handeln ihre Mitglieder. Das wurde erneut im vergangenen Lohnkampf der Metallarbeiter unter Beweis gestellt.

"Die Weit" und ihre Bildzeitung standen wie immer auf der anderen Seite der Barrikaden. Wenn in dieser Zeitung gegen die DKP ge-schrieben wird, Gewerkschafter vor Kommunisten im "antigewerkschaftlichen Schafspelz" gewarnt werden, dann spricht das nicht gegen, sondern für konsequente im Interessen der Kollegen liegende Gewerkschaftstätigkeit der Mitglieder der DKP in den Betrieben und Gewerkschaften. Generaldirektor Mertz vom Bosch Konzern und das Industrieinstitut als Kronzeugen aufgerufen, machen Verleumdungen gegen die DKP ebenfalls nicht giaubwürdiger.

kommenden Wahlen und betrieblichen Auseinandersetzungen ein Desaster erleben.

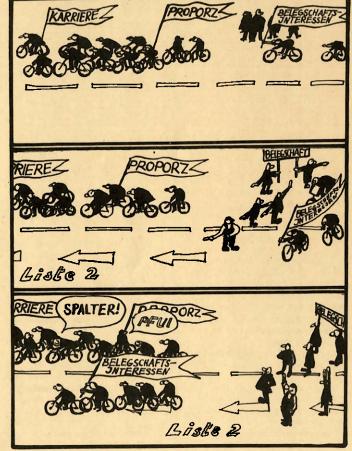
Und die Hauff-Gruppe? Noch vor der Betriebsratswahl stellte sie den Antrag, die drei auf der 2. Liste kandidierenden Kollegen aus der IGM auszuschließen. Dieser Antrag wurde auch nach der Wahl nicht zurückgezogen. Die Kollegen Hoss, Mühlelsen und D'Andrea haben eure Solidarität nötig. Wendet euch bitte an die Ortsverwaltung der IG Metall, 7 Stuttgart, Theodor-Heuss-Taße 2a, und 73 Esslingen, Kanaistr. 92; eine Abschrift schickt an Willi Hoss, 7 Stuttgart, Klugestr. 50.

Entnommen "links" Nr. 34



An die Kolleginnen und Kollegen bei Daimler-Benz!

Mir Unterzeichner, Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder, haben erfahren, daß eure seit Jahren tätigen Vertrauensleite Milli Hoss, Hermann Mühleisen und Mario B'Andrea aus der [6 Metall ausgeschlossen werden sollen. Sie haben bei den Betriebsratswählen kandidiert und erhielten mehr als 3000 Stimmen - das sind ca. 38 % der für die Liste des Betriebsratsvorsitzenden Hauff abgegebenen Stimmen. Menn sowiele Köllegen Karl Hauff und seiner Mannschaft ihre Stimme verweigerten, 18t das auf eine größere Unzufriedenheit mit der bisherigen Praxis der Betriebsratstätigkeit schließen. Zu dieser Praxis gehört auch, daß die Köllegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea trotz des Verlagens ihrer Köllegen in den Abteilungen weder bei der Delegierterwahl noch bei der Betriebsratswuden. Darum waren sie im Interesse einer beseren Gewerkschaftlen, Die Kandidatur der drei Köllegen brachte dann die wirkliche Stimmung an den Tag. Mir meinen, statt die uns als gute Gewerkschaftler bekannten Köllegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea aus der [6M auszuschlüß ist das schlechteste aller Argumente. Ausschlüß regelt keine Probleme, er schafft eher neue. In diesem Sinne solldarisieren wir uns mit den Köllegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea aus der IGM auszuschlüß ist das schlechteste aller Argumente. Ausschlüß regelt keine Probleme, er schafft eher neue. In diesem Sinne solldarisieren wir uns mit den Köllegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea und möchten hoffen, daß auch ihr eure Rechte wahrnehmt und gegen den Ausschlüß ist das schlechteste aller Argumente. Ausschlüß ist das schlechteste aller Argumente. Ausschlüß fist das schlechteste aller Argumente. Ausschlüß ist das schlechteste



DAS RENNEN UM DIE LISTENPLATZE

AM BEISPIEL ANGELA DAVIS

Am 3./4. Juni 1972 fand in Frankfurt am Main der Solidaritätskongreß AM BEISPIEL ANGELA DAVIS statt. Der Kongreß hatte sich zur Aufgabe gestellt, am Beispiel Angela Davis die Verfolgung der revolutionären Bewegung in den USA und die historischen, politischen, ökonomischen und internationalen Zusammenhänge zu analysieren und die Solidarität mit den Völkern Indochinas zu demonstrieren. Die aktuelle Entwicklung in der Bundesrepublik rückte das Problem konterrevolutionärer und revolutionärer Gewalt in den Mittelpunkt von Kundgebung und Arbeitskreisen. Der Kongreß zeichnete sich nicht nur durch das gemeinsame Auftreten von Angehörigen der verschiedenen politischen Gruppen der Linken aus (es waren auch viele junge Arbeiter sowie Vertreter aus Arbeiterjugendorganisationen und von Lehrlings- und Jungarbeitergruppen erschienen), sondern auch durch eine bemerkenswerte aggressionsfreie, offene Diskussion und durch das sichtbar bekundete Interesse der großen Mehrheit der Teilnehmer, zu einer größeren politischen Einheit zu gelangen. Die große Mehrheit verstand den Kongreß als Beginn einer von den arbeitenden Gruppen und Basisorganisationen ausgehenden Erneuerung der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik. Bei der Kundgebung des Kongresses hielt der Betriebsratsvorsitzende Willi Scherer (Gelsenkirchen) an die annähernd 10 000 Teilnehmer eine Rede, die wir hiermit dokumentieren, zumal bezeichnenderweise ge-rade diese Rede eines Arbeiters von der bürgerlichen Presse, die ansonsten teilweise ausführlich über den Kongreß berichtete, völlig totgeschwiegen wurde.

"Liebe Kolleginnen, Freunde und Genossen!

Ich spreche zu euch als Arbeiter aus dem Ruhrgebiet und als Gewerkschafter und Sozialist. Wenn Arbeiter und Angestellte heute neben Studenten, Schülern und Professoren für Angela Davis demonstrieren und für alle politischen Gefangenen, so folgen wir einem der ältesten und grundlegendsten Ziele der Arbeiterbewegung: dem Kampf gegen das internationale Kapital einen internationalen Charakter zu geben. Das heißt auch zugleich gegen nationalistischen und rassistischen Volksbetrug zu kämpfen. Nationalismus und Rassismus sind stets Mittel gewesen, die Arbeiterklasse und die Volksmassen nach dem Prinzip "teile und herrsche" zu spalten. Das erleben wir auch heute täglich in den Betrieben, wo versucht wird, einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Arbeiter zu treiben. Aber die Erfahrungen bei Streiks, Lohnkämpfen und Demonstrationen in den letzten Jahren haben erneut bestätigt, daß nur dort, wo wir mit unseren ausländischen Kollegen zusammenstehen, Erfolge erzielt werden können.

Angela Davis ist ein Symbol der internationalen Befreiungsbewegung. Sie ist aber auch ein Symbol der Unterdrückung. Sie ist farbig. Sie ist eine Frau. Sie ist eine intellektuelle Revolutionärin, und sie stellt sich als Kommunistin an die Seite der Arbeiterklasse. Angela Davis wie zahllose andere ihrer Genossen haben die allgemeine Kapitalgewalt des Herrschaftssystems und die besondere Gewalt gegen Minderheiten erfahren, erkannt und ausgesprochen, und sie haben gegen diese doppelte Gewalt den Kampf aufgenommen.

In den USA hat die Gewalt im Innern wie nach außen andere Dimensionen als in der Bundes-republik, aber die Bundesrepublik ist einer der engsten Verbündeten der USA. Unsere internationale Solidarität wie unser politischer Kampf in der Bundearepublik selbst stellt uns unausweichlich die Aufgabe, gegen die imperialistische Unterdrückung und gegen diese Bündnisse zu kämpfen. Was in den Gettos der USA ein unvermeidliches Mittel der Selbstverteidigung gegen die Unterdrückung sein kann, die psychische bewaffnete Gegengewalt, das ist allerdings in der heutigen Situation der Bundesrepublik eine politisch dumme und verderbliche Aktion von Verzweifelten oder in die Enge Getriebenen, die nicht mehr unterscheiden und begreifen können, wie, wo und unter welchen Bedingungen sie handeln.

Unserer Arbeit in den Betrieben fallen sie in den Rücken. In den Betrieben verspüren wir immer mehr den lastenden Druck der Gewalt des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Überall wird das Arbeitstempo gesteigert. Die Leistungs- und Lohnfindungsmethoden, die für die Arbeiter schon fast undurchschaubar geworden sind, werden zu immer raffinierteren Ausbeutungsmethoden weiterentwickelt. In immer größerem Umfang wirken sich die Folgen der schwankenden Auftragslagen auf die Belegschaften aus, indem Einstellungsstopp verhängt wird und dann wieder neu eingestellt wird, indem Kursarbeit gefahren wird und nach wenigen Wochen wieder Überstunden und Doppelschichten gefahren werden. Im westdeutschen Steinkohlebergbau sollen erneut bis zu 40 000 Arbeitskräfte entlassen werden. Die Beleg-schaften der noch weiterarbeitenden Betriebe werden zu Höchstleistungen angetrieben. Diese Probleme beweisen, daß wir nach wie vor in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, die nicht durch Reformen und nicht durch ein neues Betriebsverfassungsgesetz geändert werden kann, sondern nur durch den Kampf der Arbeiterklasse in diesem Land. Und dieser Kampf muß zusammenfallen mit den zunehmenden Protesten gegen schlechte Wohnverhältnisse, gegen die ungelösten Verkehrsprobleme und gegen die besorgniserregende Verschmutzung und Zerstörung unserer Umwelt. Hier empfinden Arbeiter und Angestellte am ehesten, daß wir in einer Klassengesellschaft leben. Hier ist die Front, an der wir zu kömpfen haben und an der sich bei uns in der Bundesrepublik entscheiden wird, ob wir unsere Pflicht getan haben im Kampf gegen diese Klassengewalt und gegen den Imperialismus.

In den Betrieben will man uns treffen, indem wir für unverständliche Handlungen verantwortlich gemacht werden. Aber lassen wir uns allesamt nicht provozieren. Organisieren wir beharrlich mit langfristiger Perspektive unseren Kampf, damit auch die internationale Solidarität mehr wird als eine heute notwendige Demonstration unserer Verbundenheit und unseres Willens."

PROBLEME EINER SOZIALISTISCHEN BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSSTRATEGIE

Vor einigen Wochen wurde auf einer Sitzung des Redaktionskollektivs der SOZIALISTISCHEN BETRIEBSKORRESPONDENZ, an der auch Kollegen, die bisher nur "Leser" der SBK waren, teil-nahmen, über einige zentrale Probleme einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschafts-strategie diskutiert. Wir veröffentlichen heute einen Teil der Niederschriften, die von mehreren Kollegen für die weitere Diskussion angefertigt wurden, weil wir meinen, daß an dieser Diskussion ein breiteres Interesse besteht und es nicht jedem möglich sein wird, an den weiteren Zusammenkünften teilzunehmen. Mit diesen Niederschriften können selbstverständlich noch keine programmatischen Aussagen gemacht werden. Vieles muß noch ausführlicher behandelt werden, in eini-gen Punkten müssen auch unterschiedliche Beurteilungen weiter diskutiert werden. Wahrscheinlich werden einige Kollegen auch sagen, daß gerade die Analyse der Funktion der Ge-werkschaften, die für jede sozialistische Gewerkschaftsstrategie notwendig ist, hier noch zu abstrakt geleistet wurde. Wir sind uns dessen selbst bewußt. Wenn wir dennoch diese Niederschriften veröffentlichen, dann gerade weil wir den bisherigen Stand der Diskussion festhalten und nicht Ergebnisse zusammenfassen wollen.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen zwei Probleme:

+ eine Analyse der objektiven Funktion der

Gewerkschaften in der BRD; + eine Strategie im Lohnkampf, die die Grenzen der bisherigen Tarifpolitik überschreitet.

In dieser Nummer der SBK bringen wir die Notizen des ersten Teils der Diskussion (Gewerkschaftsfrage); der zweite Teil (Strate-gie im Lohnkampf) wird in der nächsten Num-mer folgen.

Gewerkschaften sind Organisationen der Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer Interessen in der industriellen Klassengesellschaft. Sie sind organisierter Ausdruck dieser Interessen und schaffen die Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung. Ihre Zielsetzung liegt in der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen. Sie mildern damit zwar die Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutung, reformieren aber auch gleichzeitig das System der Abhängigkeit der Lohnabhängi-gen von denen, die über die Produktionsmittel ver fügen.

Dieser Reformismus der Gewerkschaften erscheint dem größten Teil der Mitglieder als Vertretung ihrer eigenen Interessen. Nur eine Minderheit sieht in den Gewerkschaften Organisationen zur Beseitigung der Klassengesellschaft. Die Gewerkschaften vertreten zwar die gegen das Kapital gerichteten ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse und sind objektiv ein Ergebnis des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, aber in ihrer gegenwärtigen Zielsetzung wirken sie als Regulierungsinstrument bei Konflikten, ohne die Klassensituation der Lohnabhängigen zu verändern.

Die Gewerkschaften garantieren geregelte Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital und erfüllen damit in dieser Gesellschaft eine notwendige sozialpolitische Funktion. Sie befreien die herrschende Klasse von der unmittelbaren Ausübung ihrer Herrschaft und ver-schleiern so die eigentlichen Klassengegen-sätze, die Grundlage ihrer Existenz sind.

Die Funktion der Gewerkschaften garantiert einen störungsfreien Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals. Dabei genießen sie staatlichen Schutz und gesellschaftliche Anerkennung.

Instrument zur Erfüllung dieser Aufgaben ist der Tarifvertrag. Tarifpolitik ist die Grundlage der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik. Der Tarifvertrag ergänzt das bestehende Rechts-system. In ihm sind die von den Lohnabhängigen zu erbringenden Leistungen und der dafür versprochene Lohn in rechtliche Normen gefaßt. Diese Normen konnten aber bei allen ernsteren Wirtschaftskrisen nicht die vertraglich vereinbarten Mindestlöhne garantieren. Trotz tarifvertraglicher Abmachungen wird in vielfältigen Formen, über Verschärfung des Leistungsdrucks, Erhöhung der Akkordsätze, Herabstufung in den Lohngruppen und Streichung von "Sozial-leistungen" der Klassenkampf von oben fortgesetzt.

Die Regulierungsfunktionen der Gewerkschaften innerhalb des kapitalistischen Systems, entsprechend dem Stand der technologischen Entwicklung und der Konsuminteressen der Lohnabhängigen, führten zur Entwicklung eines Führungsapparates, der einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung auswich und nur die systemkonformen Interessen der Mitglieder berücksichtigte. Nur durch die Erhaltung und Stützung des bestehenden Systems konnten die Gewerkschaften ihre Vermittlungsfunktion in dieser Gesellschaft erfüllen.

Die Zentralisierung ökonomischer und politischer Entscheidungen in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung des Kapitalismus, erzwang des-halb bei den Gewerkschaften die gleiche Zentralisierung. Die rigorose Unterdrückung jeglicher Aktivität von unten, die das kapitalistische System in Frage stellen konnte, unter-band zugleich den Einfluß der Mitglieder in ökonomischen Fragen und führte zur Verselbständigung des Gewerkschaftsapparates. Die Kluft zwischen den Mitgliedern und dem Apparat wird größer, die Durchsetzung ihrer Interessen immer schwieriger. Dadurch verliert die bürokratisierte Organisation zunehmend die Fähigkeit, Interessen und Erwartungen der Mitglieder wahrzunehmen und auf eine Bewegung in den Betrieben zu reagieren. Durch ihre - zur Erhaltung des kapitalistischen Systems notwendige - Anpassung an die bestehende Gesell-schaftsordnung, verlieren die Gewerkschaften aber auch zugleich die Fähigkeit, ihre Funktionen zur Erhaltung dieses Systems zu erfül-

Die in einer früheren Phase des Klassenkampfes durchgesetzte Tarifautonomie der Gewerkschaften wird abgebaut durch eine Orientierung an Produktivitätszuwachsraten und "Lohnleit-linien". Die Tarifabschlüsse hinken immer mehr hinter den tatsächlichen Effektivverdiensten her. Tarifverhandlungen der Gewerkschaften laufen ins Leere, ja werden von den Untermehmensleitungen dazu benutzt, bestehende übertarifliche Regelungen abzubauen. Gegenüber den Lohnabhängigen wird es daher immer schwieriger, die Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, mit der Tarifpolitik der Gewerkschaften zu begründen.

Die bisherige Tarifpolitik der Gewerkschaften ist damit an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen. Die Gewerkschaftsspitzen missen zur Befriedigung materieller und sozialer Interessen der Lohnabhängigen staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen, dürfen jedoch ihre Abhängigkeit vom Staat den Mitgliedern gegenüber nicht eingestehen.

Die kalte Verstaatlichung der Gewerkschaften vollzieht sich, trotz demonstrativ betonter Selbständigkeit, umso schneller, je häufiger die Gewerkschaftsapparate zur Durchsetzung ihrer Forderungen auf den Staat angewiesen sind. Pläne zur Schaffung von Arbeitskammern im ganzen Bundesgebiet sind schon vorhanden. Durch die Übertragung von Aufgaben der Gewerkschaften an solche Institutionen, die obligatorisch alle Lohnabhängigen erfassen, würde die ursprüngliche Funktion der Gewerkschaften weiter ausgehöhlt und in staatlich gelenkte Bahnen geleitet.

Die von den Gewerkschaften selbst aufgestellten gesellschaftspolitischen Forderungen nach Mitbestimmung, Vermögensbildung und besserer Berufsausbildung werden an das Parlament gerichtet und nicht mehr durch gewerkschaftliche Aktionen durchgesetzt. Soweit überhaupt noch Aktionen von ihnen selbst organisiert werden, haben sie demonstrativen Charakter. Die Frage nach der Besitzverteilung an den Produktionsmitteln wird neuerdings von den Gewerkschaften mit der Forderung nach Anteilen am Produktivvermögen für den einzelnen Lohnabhängigen beantwortet. Der Arbeiter soll aber über "seinen" Anteil am Produktivvermögen nicht selbst bestimmen, sondern diesen in einen gemeinsamen Fonds einbringen. Wie dabei verhindert werden kann, daß diese Anteile auf Kosten der Löhne gehen und der Lohnabhängige also noch zusätzlich mit seinem Geld die Unternehmer finanziert, ist nicht zu erkennen. Politische und ökonomische Macht wird der Arbeiter dabei unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems nicht gewinnen.

Der Streik, das einzig wirksame Machtinstrument gegen die Willkür der Unternehmer, ist nur noch im Tarifkonflikt das "letzte Mittel", das aber durch die Praxis der Gewerkschaften und durch die Rechtsprechung in seiner Wirkung stark eingeschränkt ist.

Die Einordnung der Gewerkschaften in das bestehende gesellschaftliche System hat die Klassengegensätze nur verschleiert, jedoch nicht beseitigt. Der Klassenkampf vollzieht sich heute am Rande oder gar außerhalb der Gewerkschaften. Diesen Kampf zu organisieren ist wichtigste Aufgabe einer sozialistischen Bewegung in der BRD.

Dieser Kampf kann aber nicht gegen die Gewerkschaften geführt werden, sondern nur mit ihnen durch die Mobilisierung der Mitglieder. In ihrer Organisierung sum Widerstand gegen den Klassenkampf von oben und in der Durchsetzung ihrer unmittelbaren Interessen am Arbeitsplatz, werden die Geverkschaften gestärkt und
ihre Zielsetzung zugleich gegen die Macht der
Konzerne und deren Herrschaft im Staatsapparat
gerichtet. So können ein antikapitalistisches
Bewußtsein unter den Arbeitern und ein entsprechender antikapitalistischer Kampf entwickelt werden.

Noch immer gilt, daß die gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen den politisch bewußteren Teil der Arbeiterklasse ausmachen. Eine sozialistische Bewegung wird sich daher in ihrer politischen Praxis auf sie konzentrieren und aus ihren Erfahrungen eine sozialistische Strategie entwickeln müssen. Dabei sollten die Ergebnisse der bisherigen reformistischen Gewerkschaftspolitik beachtet werden. Der Rückblick auf die fast hundertjährige gewerkschaftliche Praxis kann nur zu dem Schluß führen, daß diese die Arbeiterklasse nicht aus ihrer Abhängigkeit befreit hat und deshalb in der Organisation neue Formen und Ziele entwickelt werden müssen, die schon in den Kampfmethoden eine Emanzipierung be-

Protokolliert: Kollegen in Kaiserslautern

NEUERSCHEINUNG REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

In der REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN publiziert das Sozialistische Büro in Zusammenarbeit mit Gruppen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen, Materialien zur Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Neu erschienen ist jetzt, verfaßt von dem Autorenkollektiv "express-international" der Titel GEWERKSCHAFTLICHE VERTRAUENSLEUTE FOR EINE ANTIKAPITALISTISCHE BETRIEBS-STRATEGIE.

Diese Schrift wendet sich an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben. An die aktiven Gewerkschafter, die ihre Kolleginnen und Kollegen dafür gewinnen wollen, eine gewerkschaftliche Politik der konsequenten Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten nachdrücklich zu unterstützen. Die Schrift ist nach langen Diskussionen aus der Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Gewerkschaftsfunktionären, Bildungsreferenten und gewerkschaftlich orien-tierten Wissenschaftlern entstanden. Die Themen der Schrift sind: Die kapitalistische Crganisation des Betriebes - Der Doppelcharakter der Forderungen - Die bisherige gewerkschaftliche Betriebspolitik -Die bisherige Arbeit der Interessenvertretung im Betrieb - Management und Vertrauensleute - Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik (Betriebsnahe Tarifpolitik, betriebsnahe Bildungsarbeit, Mitbestimmung im Betrieb als Gegenmacht) - Kontrolle von unten statt Delegation nach oben - Zukünftige Rolle und Organisation der Vertrauensleute - Zur Durchsetzung dieser Strategie. Die Schrift kostet DM 2.50 und bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren DM 2.-- je Stück. Bezug über Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.